DIW Wochenbericht

23 2018

Wirtschaft. Politik. Wissenschaft. Seit 1928

DIW BERLIN

477 Bericht von Sophie Horneber und Felix Weinhardt

GymnasiastInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau verlieren im Laufe der Schulzeit deutlich an Boden

- Studie untersucht Notenentwicklung von SchülerInnen nach Bildungsniveau der Eltern
- Unterschiede bereits in der Grundschule
- Besonders auf dem Gymnasium verlieren Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungshintergrund den Anschluss

484 Interview mit Felix Weinhardt

485 Bericht von Marius Clemens und Mathias Klein

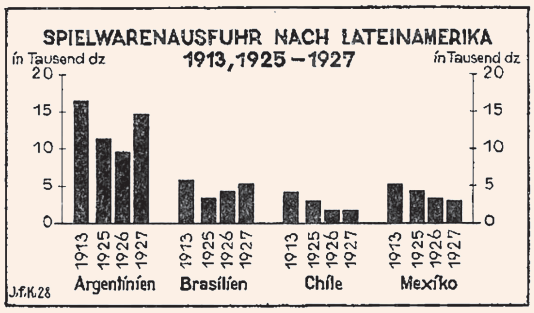
Ein Stabilisierungsfonds kann den Euroraum krisenfester machen

- Bei ungleichen konjunkturellen Schwankungen ist die gemeinsame Geldpolitik nicht für alle Mitgliedsländer des Euroraums angemessen
- Ein Stabilisierungsfonds kann zu einer stärkeren Angleichung der Konjunkturzyklen führen

494 Kommentar von Kornelia Hagen

Mängel der Riester-Rente sprechen für ein Standardprodukt

Deutsche Spielwarenausfuhr nach Südamerika



© DIW Berlin 1928

Lateinamerika nimmt im Ganzen etwa ein Zwölftel der Spielwarenausfuhr der wichtigsten Produktionsländer auf. Am deutschen Spielwarenexport war es in den letzten Jahren (ebenso wie vor dem Weltkrieg) wertmäßig mit rund acht bis neun Prozent, mengenmäßig mit rund 6 ½ Prozent beteiligt. Dabei hat Südamerika als Absatzmarkt für deutsche Spielwaren allmählich an Bedeutung gewonnen. Seine sieben Hauptländer (Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Kolumbien, Kuba, Mexiko) nahmen mengenmäßig 1926 6,1 Prozent und 1927 6,6 Prozent der deutschen Spielwarenausfuhr auf. Für das Jahr 1928 ist mit einer weiteren Steigerung des deutschen Anteils zu rechnen. Von der Zunahme der deutschen Spielwarenausfuhr im ersten Halbjahr 1928 gegenüber dem ersten Halbjahr 1927 entfällt über ein Viertel auf Lateinamerika. [...] Die Einfuhr von Spielwaren nach den einzelnen Ländern wird in hohem Grade von der dortigen Wirtschaftslage bestimmt. Die starke Steigerung der deutschen Spielwarenausfuhr nach Argentinien und Uruguay entspricht der 1927 erheblich gebesserten Wirtschaftslage dieser Länder. [...] Dagegen ist der Export nach Chile und Mexiko in den Jahren 1926 und 1927 gegenüber 1925 stark zurückgegangen: in Chile hatten die Absatzschwierigkeiten für Salpeter, in Mexiko der Ölkonflikt die Kaufkraft erheblich geschwächt. [...] Die Ausfuhr nach Kolumbien steigt entsprechend der durch die Erschließung der Ölfelder wachsenden Aufnahmefähigkeit dieses Landes.

Aus dem Wochenbericht Nr. 23 vom 5. September 1928

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
85. Jahrgang 6. Juni 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Dr. Ferdinand Fichtner; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Johanna Möllerström; Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Prof. Dr. Daniel D. Schnitzlein; Kristina Van Deuverden

Redaktion
Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Markus Reiniger; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**

DIW Wochenbericht 23 2018

AUF EINEN BLICK

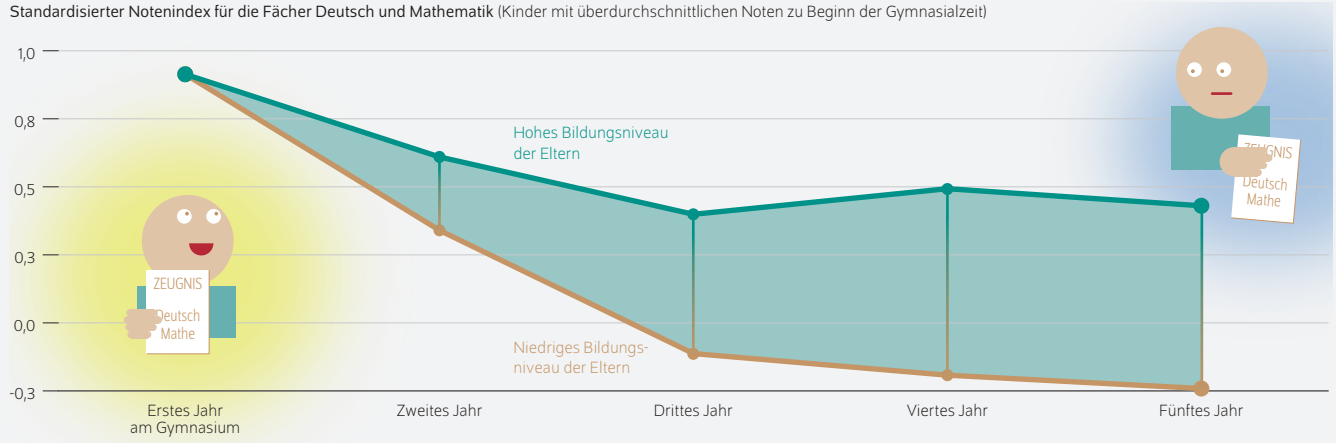
GymnasiastInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau verlieren im Laufe der Schulzeit deutlich an Boden

Von Sophie Horneber und Felix Weinhardt

- Studie untersucht auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS) Notenentwicklung von SchülerInnen nach Bildungsniveau der Eltern
- Kinder auf Gymnasien, die Eltern mit niedrigem Bildungsniveau haben und mit sehr guten Noten in die fünfte Klasse starten, fallen im Laufe der Zeit leistungsmäßig zurück
- Deutliche Unterschiede in sprachlichen und mathematischen Fähigkeiten nach dem Elternhaus bereits in der Grundschule
- Gezielte Förderung von SchülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau könnte Bildungsmobilität erhöhen

Auf dem Gymnasium fallen die ohnehin wenigen SchülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau, die am Anfang überdurchschnittliche Noten haben, im Laufe der Zeit zurück

Standardisierter Notenindex für die Fächer Deutsch und Mathematik (Kinder mit überdurchschnittlichen Noten zu Beginn der Gymnasialzeit)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS).

© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Ein besonderes Augenmerk der Schul- und Bildungspolitik sollte auf anfangs sehr guten Gymnasiastinnen und Gymnasiasten aus einem Elternhaus mit niedrigem Bildungsniveau liegen. Das sind Schülerinnen und Schüler, bei denen man vielleicht denkt, sie hätten es geschafft und man müsste sich keine Sorgen um sie machen. Aber gerade sie fallen im Laufe der Gymnasialschulzeit leistungsmäßig zurück."
— Felix Weinhardt, Studienautor —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Felix Weinhardt
www.diw.de/mediathek

GymnasiastInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau verlieren im Laufe der Schulzeit deutlich an Boden

Von Sophie Horneber und Felix Weinhardt

ABSTRACT

Kinder, die auf ein Gymnasium gehen und Eltern mit einem niedrigen Bildungsniveau haben, fallen im Laufe ihrer Schulzeit leistungsmäßig immer weiter zurück. Das gilt insbesondere dann, wenn sie in der fünften Klasse in den Fächern Mathematik und Deutsch noch EinserschülerInnen waren. Diese Studie, die auf Basis des Nationalen Bildungspanels (NEPS) als eine der ersten den Schulerfolg von Kindern während der gesamten Pflichtschulzeit von der ersten bis zur neunten Klasse unter die Lupe nimmt, zeigt, wie wichtig der elterliche Bildungshintergrund für die Schulnoten der Kinder ist. Schon in der Grundschule gibt es deutliche Unterschiede in den sprachlichen und mathematischen Fähigkeiten nach dem Elternhaus. Dies spiegelt sich später auch in der Aufteilung auf die verschiedenen Schulformen der Sekundarstufe wider. Während die Noten in der Realschule über die Zeit relativ konstant bleiben, schneiden an Gymnasien die ohnehin schon wenigen Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau über die Zeit deutlich schlechter ab. Neben einer gezielteren Förderung im frühkindlichen Alter sollten diese Kinder vor allem in der Schule stärker unterstützt werden.

Dieser Bericht bietet auf Basis aktueller Daten ein umfassendes Bild der intergenerationalen Bildungsungleichheit in Deutschland im Verlauf der Pflichtschulzeit, also von der ersten bis zur neunten Klasse. Dafür werden Benotungen von SchülerInnen in Abhängigkeit des Bildungsniveaus ihrer Eltern untersucht. Der vorliegende Bericht nutzt hierfür die deutschlandweit repräsentativen Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) der Startkohorten 2 und 3 (Kasten).[1]

Schulischer Erfolg wird während der Sekundarstufe anhand eines Notenindex gemessen, der die durchschnittlichen Bewertungen der SchülerInnen in den Fächern Mathematik und Deutsch im jeweils letzten Jahreszeugnis berücksichtigt. Schulnoten messen kognitive und nichtkognitive Fähigkeiten und spiegeln den jeweils aktuellen Leistungsstand der SchülerInnen wider.[2] Da für GrundschülerInnen zumindest anfangs oft noch keine Noten in dieser Form vergeben – beziehungsweise im NEPS erfasst – werden, geben ihre KlassenlehrerInnen Einschätzungen zu den mathematischen und sprachlichen Fähigkeiten der SchülerInnen im Vergleich zu Gleichaltrigen. Diese werden für den Zweck der Analysen während der Grundschulzeit zusammengefasst. Schulnoten sind ein wichtiger Indikator, der mit späteren Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise mit Blick auf die Löhne, korreliert.[3]

Der Bildungshintergrund der SchülerInnen wird am höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss der jeweiligen Bezugsperson festgemacht. Größtenteils handelt es sich bei dieser Person um ein Elternteil, in den meisten Fällen die Mutter.[4] Diese Angaben werden gemäß der

1 Vgl. Hans-Peter Blossfeld, Hans-Günther Roßbach und Jutta von Maurice (2011): Education as a Lifelong Process – The German National Educational Panel Study (NEPS). Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 14.

2 Es ist denkbar, dass LehrerInnen Kinder aus Elternhäusern mit verschiedenen Bildungsniveaus unterschiedlich bewerten. Ein besonderer Fokus dieses Berichts liegt jedoch auf dem Zeitverlauf der Leistungsunterschiede. Grundsätzliche unterschiedliche Bewertungen seitens der LehrerInnen in Abhängigkeit vom elterlichen Bildungsniveau hätten keinen Einfluss auf diese Veränderungen über die Zeit.

3 Eine Einschränkung dieses Berichts, auf die im Fazit näher eingegangen wird, ist, dass nur Benotungen bis einschließlich der neunten Klasse betrachtet werden können.

4 Zu über 99 Prozent handelt es sich hier um die leibliche Mutter (rund 85 Prozent) oder den leiblichen Vater (rund 14 Prozent).

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-23-1

CASMIN-Klassifikation (Comparative Analysis of Social Mobility in Industrial Nations) in drei Hauptkategorien eingeteilt: „Niedrig" für Bezugspersonen mit insgesamt weniger als zwölf Bildungsjahren, also ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss mit oder ohne berufliche Ausbildung. In der Kategorie „Hoch" werden Bezugspersonen mit mehr als 15 Bildungsjahren erfasst. Bezugspersonen dazwischen werden einer Mittelkategorie zugeordnet, die für die Untersuchung allerdings kaum eine Rolle spielt. Vereinfachend wird in diesem Bericht anstelle des Begriffs „Bezugsperson" die Bezeichnung „Elternhaus" verwendet.[5]

Bereits zu Beginn der Grundschule ist das Bildungsniveau im Elternhaus entscheidend

Für die Grundschulzeit nutzt dieser Bericht die Daten der zweiten Startkohorte des NEPS. Dabei handelt es sich um GrundschülerInnen, die im Jahr 2013 die erste Klasse besuchten. 15 Prozent dieser Kinder haben ein Elternhaus mit niedrigem Bildungsniveau, ein gutes Viertel der Kinder lebt in einem Elternhaus mit hohem Bildungsniveau.

Es zeigt sich, dass ErstklässlerInnen, die aus einem Elternhaus mit niedrigem Bildungsniveau kommen, seltener „viel bessere" (3,9 Prozent) als „viel schlechtere" (9,3 Prozent) Beurteilungen von ihren LehrerInnen erhalten als der Durchschnitt der gleichaltrigen Kinder (Tabelle). GrundschülerInnen aus einem Elternhaus mit hohem Bildungsniveau werden hingegen deutlich öfter „viel bessere" als „viel schlechtere" Fähigkeiten zugeschrieben (23,2 Prozent beziehungsweise 1,5 Prozent).[6]

Betrachtet man den Zeitverlauf bis zur vierten Klasse, nimmt der Anteil der als „viel besser" eingeschätzten Kinder im Laufe der Grundschule generell stetig zu, während der Anteil der als „viel schlechter" beurteilten Kinder relativ konstant bleibt. Diese Entwicklungen sind weitestgehend unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern. Dieser Befund ist relativ neu, denn bisherige Studien beziehen sich größtenteils auf vor der Schule gemessene Unterschiede, auf internationale Tests zum Ende der Grundschule oder sie basieren auf Längsschnittstudien, die nicht deutschlandweit repräsentativ sind.[7]

Kasten

Das Nationale Bildungspanel (NEPS)

Das Nationale Bildungspanel (NEPS) ist eine Studie des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe (LIfBi) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Vor seiner Finanzierung durch das LIfBi wurde das NEPS in den Jahren 2008 bis 2013 als Teil des Rahmenprogramms zur Förderung der empirischen Bildungsforschung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert.

Das NEPS erhebt Informationen zu Kompetenzentwicklungen, Bildungsprozessen, Bildungsentscheidungen und Bildungsrenditen über die gesamte Lebensspanne und gliedert sich hauptsächlich in sechs verschiedene Startkohorten – von Neugeborenen (Startkohorte 1) bis zu Erwachsenen (Startkohorte 6). Diese Startkohorten werden dann im weiteren Zeitverlauf immer wieder befragt. Die bundesweiten NEPS-Daten eröffnen der empirischen Bildungsforschung neue Möglichkeiten.

Der vorliegende Wochenbericht nutzt Daten aus der dritten bis sechsten Welle (2012 bis 2016) der zweiten Startkohorte[1] sowie der ersten bis sechsten Welle (2010 bis 2015) der dritten Startkohorte[1].

1 Vgl. Nationales Bildungspanel, Startkohorte 2 (doi:10.5157/NEPS:SC2:6.0.1., online verfügbar).

Ungleicher Übergang in die Sekundarstufe

Da die Leistung in der vierten Klasse den Übergang in die Sekundarstufe beeinflusst, überrascht es nicht, dass sich die Ungleichheiten nach dem Bildungshintergrund des Elternhauses auch in der Verteilung auf die verschiedenen weiterführenden Schulformen widerspiegeln.

Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau verteilen sich fast gleichmäßig auf die verschiedenen Schulformen, während Kinder aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau zu einem Anteil von knapp zwei Dritteln ein Gymnasium besuchen (Abbildung 1).[8] Aufgrund der Datenlage und den vergleichsweise wenigen Beobachtungen können in diesem Bericht im Folgenden nur die klassischen Schulformen Realschule und Gymnasium näher betrachtet werden.

5 Vgl. Alessandra Minello und Hans-Peter Blossfeld (2017): From parents to children: the impact of mothers' and fathers' educational attainments on those of their sons and daughters in West Germany. British Journal of Sociology of Education, 38:5, 686–704. Minello und Blossfeld untersuchen den Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau von Eltern und Kindern anhand der älteren Startkohorte 6 des NEPS. Der vorliegende Wochenbericht bezieht sich hingegen auf jüngere Kohorten. Breen et al. untersuchen Bildungsdisparitäten nach sozialer Herkunft im internationalen Vergleich, ebenfalls anhand älterer Kohorten, vgl.: Richard Breen et al. (2012): Bildungsdisparitäten nach sozialer Herkunft und Geschlecht im Wandel – Deutschland im internationalen Vergleich. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderhefte Nr. 52.

6 Diese Ergebnisse decken sich qualitativ mit den im Bildungsbericht 2014 für Fünfjährige dokumentierten Unterschieden in sprachlichen Fähigkeiten, vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014. Kapitel C5 (online verfügbar; abgerufen am 28. Mai 2018).

7 Das gilt insbesondere für IGLU (Grundschule) und PISA (15-Jährige), vgl. Heike Solga und Rosine Dombrowski (2009): Soziale Ungleichheit in schulischer und außerschulischer Bildung: Stand der Forschung und Forschungsbedarf. Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 171. Einen Überblick zum Stand der Literatur bieten Marko Neumann, Michael Becker und Kai Maaz (2014): Soziale Ungleichheiten in der Kompetenzentwicklung in der Grundschule und der Sekundarstufe I. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 17 (2014), Suppl. 24, 167–203.

8 Neben den „klassischen" Schulformen existieren noch verschiedene andere Schulformen mit speziellem Konzept wie Waldorfschulen oder Schulen mit mehreren Bildungswegen. Diese würden allesamt eine getrennte Betrachtung verlangen, was hier aufgrund der Datenlage nicht möglich ist.

Tabelle

Sprachliche und mathematische Fähigkeiten von GrundschülerInnen
Beurteilungen durch LehrerInnen, Anteile in Prozent

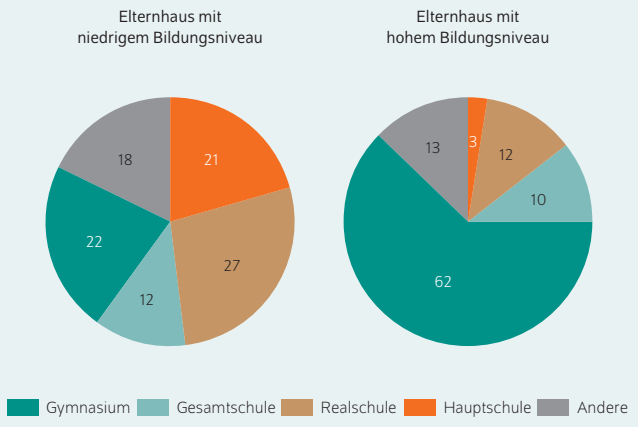
	Niedriges Bildungsniveau im Elternhaus				Hohes Bildungsniveau im Elternhaus				Insgesamt			
	Beobachtungen	Viel besser als der Durchschnitt gleichaltriger Kinder	Etwas besser, genauso gut, etwas schlechter als der Durchschnitt	Viel schlechter als der Durchschnitt	Beobachtungen	Viel besser als der Durchschnitt gleichaltriger Kinder	Etwas besser, genauso gut, etwas schlechter als der Durchschnitt	Viel schlechter als der Durchschnitt	Beobachtungen	Viel besser als der Durchschnitt gleichaltriger Kinder	Etwas besser, genauso gut, etwas schlechter als der Durchschnitt	Viel schlechter als der Durchschnitt
Erste Klasse	546	3,93	86,80	9,27	1 055	23,15	75,40	1,45	4 000	17,48	79,40	3,12
Zweite Klasse	503	7,58	82,14	10,27	1 032	29,13	69,41	1,46	3 978	20,94	75,28	3,78
Dritte Klasse	279	10,18	78,99	10,83	889	34,41	64,57	1,03	3 093	25,04	72,20	2,76
Vierte Klasse	267	8,40	80,11	11,49	814	38,58	60,38	1,04	2 808	26,65	70,67	2,68

Quellen: Nationales Bildungspanel, Startkohorte 2, 2013 bis 2016, gewichtet; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Abbildung 1

FünftklässlerInnen nach Schulformen und Bildungsniveau der Eltern
Anteile in Prozent



Anmerkungen: In die Kategorien „Elternhaus mit hohem Bildungsniveau" und „Elternhaus mit niedrigem Bildungsniveau" fallen etwas mehr als 20 Prozent aller Kinder. Zahl der Beobachtungen: 3 194. Der Bildungsbericht 2014 zeigt eine ähnliche Verteilung der SchülerInnen auf die Schulformen nach dem sozioökonomischen Status der Eltern, gemessen anhand eines Index für den höchsten beruflichen Status der Familie (HISEI). Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt für das Jahr 2008 eine ähnliche Verteilung nach dem Bildungsstand der Mutter.

Quellen: Nationales Bildungspanel, Startkohorte 3, fünfte Klasse, 2010, gewichtet; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Kinder, die Eltern mit einem hohen Bildungsniveau haben, besuchen in der fünften Klasse mehrheitlich ein Gymnasium.

Bildungsungleichheit nimmt im Sekundarbereich an Gymnasien weiter zu

Im Folgenden werden die Notenverläufe von SchülerInnen über die Schulzeit an Gymnasien und Realschulen untersucht. Dass die betrachteten SchülerInnen für Deutschland repräsentativ sind, wird durch eine entsprechende Gewichtung sichergestellt. Im Jahr 2010, dem Jahr der Datenerhebung, besuchten fast zwei Drittel aller Kinder in der fünften Klasse ein Gymnasium oder eine Realschule.

Es wird deutlich, dass die Noten an Gymnasien und Realschulen von der fünften bis zur neunten Klasse tendenziell schlechter werden.[9] Der Anteil der schlechteren Noten, also der Noten von 4 bis 6, steigt in beiden Schulformen ab der fünften Klasse (Abbildung 2). An der Realschule sieht es jedoch so aus, als ob insbesondere viele Kinder aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau es schaffen, zuvor schlechtere Noten ab der achten Klasse zu verbessern.

Der Anteil der sehr guten Noten nimmt an beiden Schulformen einen sehr unterschiedlichen Verlauf. An Realschulen ist der Anteil der Einsernoten durchgehend gering – und das fast unabhängig vom Bildungsniveau der Eltern. An Gymnasien fällt insbesondere der relativ hohe Anteil der sehr guten Noten von SchülerInnen aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau auf. Zwar nimmt dieser Anteil im Schulverlauf ab, liegt aber durchgehend weit über dem Anteil von sehr gut bewerteten SchülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau.

9 Betrachtet werden jeweils die Jahresendnoten, mit Ausnahme der neunten Klasse. Hier liegen lediglich die Halbjahresnoten vor.

Besonders Kinder mit weniger gebildeten Eltern verlieren auf dem Gymnasium an Boden

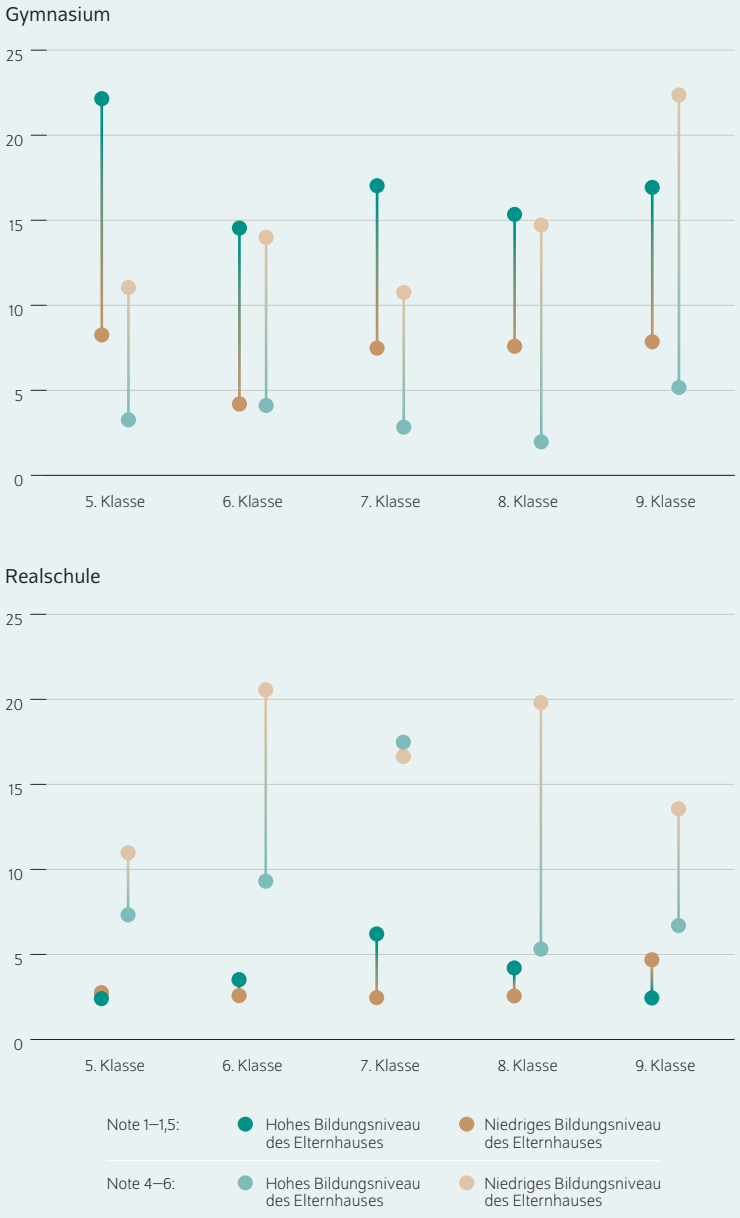
Die Längsschnittstruktur des NEPS bietet zusätzlich zu jährlich wiederholten Querschnittsvergleichen die Möglichkeit, die Entwicklung einzelner SchülerInnen über die Erhebungszeitpunkte hinweg zu verfolgen.[10] Damit kann beispielsweise untersucht werden, wie sich die Noten zweier anfangs gleich gut bewerteter SchülerInnen, die aus Elternhäusern mit unterschiedlichem Bildungsniveau kommen, im Verlauf der Gymnasialschulzeit relativ zueinander entwickeln. Ebenfalls können so mögliche selektive Veränderungen der Stichprobe über die Zeit, beispielsweise durch Klassenwiederholungen, berücksichtigt werden.[11] Letztlich lässt sich also für jedes Jahr neu messen, wie ein Kind im Vergleich zu Gleichaltrigen abschneidet, ohne dass generelle Veränderungen der Benotungen über die Zeit für den relativen Notenverlauf eine Rolle spielen.[12]

Aufgrund der Fallzahlen liegt der Fokus auf Gymnasien. Zunächst werden drei Gruppen von FünftklässlerInnen an Gymnasien mit jeweils gleicher Benotung zum Ende der Grundschule gebildet (Abbildung 3). Dabei werden für diese SchülerInnen die Durchschnittsnoten in den Fächern Deutsch und Mathematik standardisiert und dann in drei etwa gleich große Gruppen unterteilt: überdurchschnittlich, durchschnittlich und unterdurchschnittlich. Als überdurchschnittlich gelten hier Leistungen von Kindern, die in Deutsch und Mathematik mindestens in einem Fach die Note 1 und in dem anderen mindestens die Note 2 erhalten. Unterdurchschnittliche Leistungen sind zu diesem Zeitpunkt Noten in Deutsch und Mathematik, die in ihrer Summe den Wert fünf oder einen höheren erreichen. Die Notenverläufe von Kindern aus diesen drei Notengruppen werden dann fortgezeichnet. So kann verfolgt werden, wie sich ursprünglich gleich benotete Kinder aus Elternhäusern mit verschiedenen Bildungsniveaus mit der Zeit relativ zueinander entwickeln.

Es zeigt sich deutlich, dass SchülerInnen aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau im Vergleich zu SchülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau im Durchschnitt ihre gute relative Position halten beziehungsweise anfangs schlechte Ausgangslagen stärker verbessern können. SchülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau, die zum Ende der Grundschule sowie in den ersten Jahren am Gymnasium überdurchschnittliche Leistungen erzielten, haben nach fünf Jahren jedoch sogar leicht

Abbildung 2

Notenverteilung in der Sekundarstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik nach Bildungsniveau der Eltern
Anteile in Prozent



Quellen: Nationales Bildungspanel, Startkohorte 3, Klassen fünf bis neun, querschnittsgewichtet; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Vor allem auf dem Gymnasium verschlechtern sich die Noten von der fünften bis zur neunten Klasse, unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern.

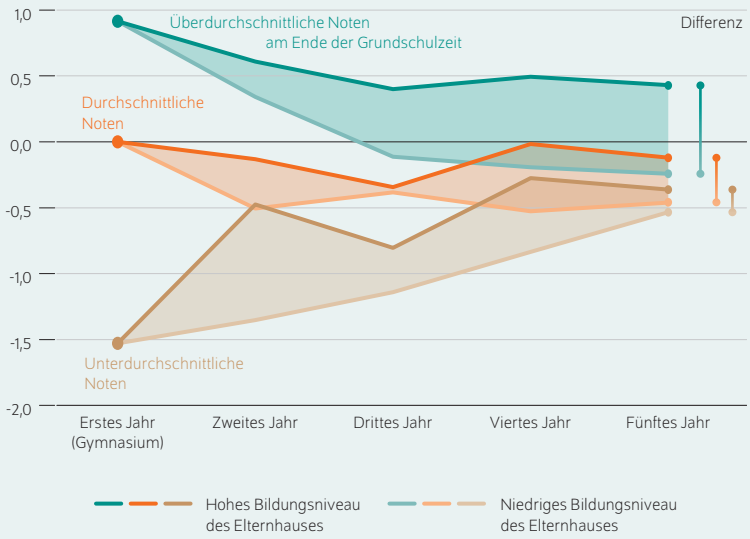
10 Ähnliche Analysen liegen für die USA vor, vgl. Bruce Bradbury et al. (2015): Too Many Children Left Behind: The U.S. Achievement Gap in Comparative Perspective. Russell Sage Foundation.

11 Auch spätere Wechsel der Schulform beeinflussen diese Ergebnisse nicht.

12 Um die relative Vergleichbarkeit über die Zeit zu gewährleisten, werden die Durchschnittsnoten der hier befragten SchülerInnen an Gymnasien jedes Jahr neu standardisiert.

Abbildung 3

Notenentwicklung bei GymnasiastInnen nach Bildungsniveau der Eltern und Noten in fünfter Klasse
Standardisierter Notenindex für die Fächer Deutsch und Mathematik



Anmerkungen: Zahl der Beobachtungen: 1 274. SchülerInnen, die eine Klasse wiederholen oder überspringen, sind trotzdem in das jeweils nächste Beobachtungsjahr eingerechnet. Der Anteil dieser SchülerInnen liegt bei etwa zwei Prozent.

Quellen: Nationales Bildungspanel, Startkohorte 3, fünfte Klasse, 2010 bis 2014, panelgewichtet; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

SchülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau verlieren insbesondere dann an Boden, wenn sie mit überdurchschnittlichen Noten in ihre Gymnasialschulzeit starten.

unterdurchschnittliche Noten.[13] Sie schneiden dann nur noch minimal besser ab als anfangs unterdurchschnittlich bewertete SchülerInnen aus einem Elternhaus mit hohem Bildungshintergrund. Viele SchülerInnen aus Elternhäusern mit einem hohen Bildungsniveau überholen also im Laufe der Gymnasialschulzeit bis zur neunten Klasse ihre MitschülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau oder holen sie zumindest ein.

Zusammen mit dem ungleichen Übergang auf die weiterführenden Schulformen nach der Grundschule bedeutet dies, dass im fünften Jahr nach Beginn der Sekundarstufe an Gymnasien kaum noch Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau mit sehr guten Noten vorzufinden sind.

Fazit: Gezielte Förderung von GymnasiastInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau könnte Bildungsmobilität erhöhen

Dieser Bericht hat anhand der deutschlandweit repräsentativen Daten des Nationalen Bildungspanels aufgezeigt, wo und zu welchen Zeitpunkten Notenunterschiede zwischen Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem und hohem Bildungsniveau entstehen. Dabei zeigt sich insbesondere für Gymnasien, dass der Notenverlauf der SchülerInnen stark mit dem Bildungsniveau des Elternhauses zusammenhängt. Gute Noten werden eher von SchülerInnen aus Elternhäusern mit hohem Bildungsniveau erzielt und werden von diesen über die Schuljahre hinweg besser gehalten. GymnasiastInnen aus Elternhäusern mit einem niedrigen Bildungsniveau verlieren in den ersten Schuljahren der Sekundarstufe an Boden.

Es ist zwar zu vermuten, dass sich die Ungleichheit im Schulverlauf nach dem Bildungshintergrund der Eltern später beispielsweise auch auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt. Es gibt jedoch einige Einschränkungen: So werden in der vorliegenden Studie Schulnoten bis zur neunten Klasse betrachtet. Auf dem Arbeitsmarkt ausschlaggebend sind aber oft Noten zu einem späteren Zeitpunkt der Schullaufbahn oder andere, nicht durch Noten gemessene Fähigkeiten und Kompetenzen. Zukünftige Befragungswellen des NEPS werden es ermöglichen, die hier vorliegenden Analysen weiterzuführen und beispielsweise zu beobachten, welche SchülerInnen mit welchen Noten die allgemeine Hochschulreife erlangen. Es ist denkbar, jedoch nicht wahrscheinlich, dass SchülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau dann wieder aufgeholt haben. Hinzu kommt, dass dieser Bericht rein deskriptiv ist. Die intergenerationalen Zusammenhänge zwischen dem Bildungsniveau des Elternhauses und den Fähigkeiten und Schulnoten der Kinder stellen keine Kausalanalyse dar. Dies bedeutet, dass möglicherweise eine Vielzahl von Drittfaktoren die hier aufgezeigten Zusammenhänge anstelle der elterlichen Bildung hervorruft. Zukünftig sollte untersucht werden, ob sich das relativ schlechtere Abschneiden von Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau beispielsweise dadurch erklären lässt, dass es Unterschiede in der Nutzung von Nachhilfe, beim Familienklima oder hinsichtlich des Umgangs mit Problemen während der Pubertät gibt.[14]

Trotz dieser Einschränkungen lassen die gewonnenen Erkenntnisse Handlungsempfehlungen zu. So sollten gute SchülerInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau insbesondere an Gymnasien stärker gefördert werden.

13 Die Notendifferenz anfangs überdurchschnittlich bewerteter SchülerInnen aus Elternhäusern mit hohem und niedrigem Bildungsniveau beträgt vier Jahre später 0,65 Standardabweichungen. Dies entspricht zu diesem Zeitpunkt etwa einem Unterschied von einer vollen Schulnote in Mathematik oder Deutsch.

14 Der Bildungsbericht 2014 beschreibt einige dieser Faktoren für die erste Welle der dritten Startkohorte, vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014), a. a. O., Tabelle D5-1A. Zukünftige Studien sollen diese Faktoren im Zeitverlauf untersuchen.

Dieser Bericht hat gezeigt, dass anfangs deutlich besser eingeschätzte SchülerInnen aus bildungsfernen Elternhäusern von ihren MitschülerInnen aus gebildeteren Elternhäusern zwischen der fünften und neunten Klasse überholt werden. Die Unterstützung dieser benachteiligten SchülerInnen könnte ein wichtiger Faktor sein, um die im internationalen Vergleich geringe intergenerationale Bildungsmobilität in Deutschland zu verbessern.

Sophie Horneber war studentische Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | shorneber@diw.de

Felix Weinhardt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | fweinhardt@diw.de

JEL: I24

Keywords: Education and inequality

INTERVIEW MIT FELIX WEINHARDT

„GymnasiastInnen aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungshintergrund sollten gezielter gefördert werden“

Felix Weinhardt, Ph.D., Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin

1. **Herr Weinhardt, Sie haben die intergenerationale Bildungsungleichheit in Deutschland untersucht. Wie sind Sie dabei vorgegangen?** Wir haben uns angesehen, welche Noten Kinder aus Elternhäusern mit verschiedenen Bildungsniveaus im Schulverlauf erreichen. Die Frage ist, inwieweit sich Bildungskarrieren sozusagen vererben, also inwieweit Kinder ähnliche Bildungskarrieren haben wie ihre Eltern. Dieser Zusammenhang ist in Deutschland in besonderem Maße ausgeprägt. In diesem Bericht untersuchen wir alle Schulklassen von der ersten Klasse in der Grundschule bis zur neunten Klasse, also dem letzten Schuljahr der Pflichtschulzeit.

2. **Wie stark wirkt sich das Bildungsniveau des Elternhauses auf die Schulnoten aus?** Wir sehen, dass es bereits zu Beginn der Grundschule große Unterschiede nach dem Bildungsniveau im Elternhaus gibt, was die von den Lehrerinnen und Lehrern eingeschätzten Fähigkeiten der Kinder angeht. Diese Unterschiede bleiben in der Grundschule relativ konstant, verstärken sich dann aber später auf der weiterführenden Schule.

3. **Wie verändert sich die Leistungsbeurteilung der Kinder im weiteren Verlauf der Schulzeit?** Aufgrund der Datenlage lag der Fokus auf den Realschulen und den Gymnasien. Hier sehen wir insbesondere für die Gymnasien, dass Kinder mit sehr guten Noten in der Grundschule, deren Eltern aber ein niedriges Bildungsniveau haben, dann auf dem Gymnasium im Laufe der Zeit leistungsmäßig zurückfallen.

4. **Wie sieht es an den Realschulen aus?** An den Realschulen sehen wir eigentlich keine Evidenz dafür, dass die Schere im Schulverlauf auseinandergeht. In diesem Bericht schauen wir, wenn wir über Ungleichheiten reden, nicht nur auf die Schülerinnen und Schüler mit schlechteren Leistungen und überlegen uns, warum sie häufiger aus Elternhäusern mit niedrigem Bildungsniveau kommen. Wir haben uns insbesondere gefragt, was eigentlich in der Spitzengruppe passiert. Diese Spitzengruppe finden wir natürlich in erster Linie an Gymnasien – und hier sehen wir, dass der elterliche Bildungshintergrund nicht nur für die Frage, ob man überhaupt auf ein Gymnasium geht, entscheidend ist, sondern auch für den Schulverlauf.

5. **Das heißt, am Gymnasium wird der Leistungsunterschied noch mal größer?** Genau, am Gymnasium ist es so, dass insbesondere die gut gestarteten Schülerinnen und Schüler ihre guten Noten nicht halten können, wenn sie aus einem Elternhaus mit niedrigem Bildungsniveau kommen.

6. **Sie haben jetzt die intergenerationale Bildungsungleichheit in Deutschland nur bis zur neunten Klasse untersucht. Gehen Sie davon aus, dass die Unterschiede auch in den Klassen darüber bestehen bleiben oder sogar noch größer werden?** Das ist eine sehr gute Frage. Es wird sehr wichtig sein, das Nationale Bildungspanel, das diese Schülerinnen und Schüler weiterhin beobachten wird, auch zukünftig zu nutzen, um dann beispielsweise untersuchen zu können, ob die unterschiedliche Notenentwicklung die Wahrscheinlichkeit eines Abiturabschlusses beeinflusst. Später wird es sogar möglich sein, den Berufseinstieg zu beobachten und zu schauen, ob es zum Beispiel Unterschiede bei den Löhnen gibt, die auf frühere Bildungsungleichheiten im Schulverlauf zurückgehen.

7. **Was können Ihre Ergebnisse für die Bildungspolitik bedeuten?** Wir glauben, dass es wichtig ist, am Gymnasium ein besonderes Augenmerk auf anfangs sehr gute Schülerinnen und Schüler aus einem Elternhaus mit niedrigerem Bildungsniveau zu legen. Das sind Schülerinnen und Schüler, bei denen man vielleicht denkt, sie hätten es geschafft und man müsste sich keine Sorgen um sie machen. Aber gerade hier entstehen große Bildungsungleichheiten im Schulverlauf, sodass eine gezielte Förderung durchaus sinnvoll erscheint.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf **www.diw.de/interview**

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-23-2

DIW Wochenbericht 23 2018

AUF EINEN BLICK

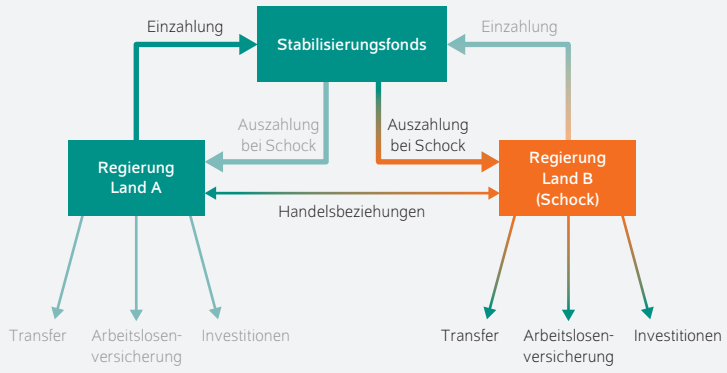
Ein Stabilisierungsfonds kann den Euroraum krisenfester machen

Von Marius Clemens und Mathias Klein

- Bei ungleichen konjunkturellen Schwankungen ist die gemeinsame Geldpolitik nicht für alle Mitgliedsländer des Euroraums angemessen
- Prozyklische Fiskalpolitik erschwert die konjunkturelle Anpassung
- Ein Stabilisierungsfonds kann zu einer stärkeren Angleichung der Konjunkturzyklen führen
- Modellsimulationen zeigen die wirtschaftlichen Gewinne eines solchen Stabilisierungsmechanismus
- Bei der Ausgestaltung eines Stabilisierungsfonds sollte die Einhaltung festgelegter Fiskalregeln wirksam durchgesetzt werden

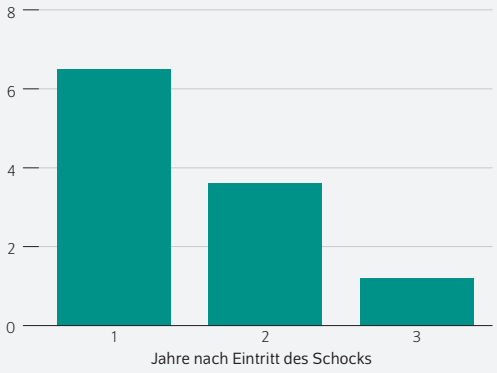
Europäischer Stabilisierungsfonds kann ungleiche konjunkturelle Schwankungen verringern

Schematische Darstellung der Wirkungsweise eines europäischen Stabilisierungsfonds



Quelle: Eigene Darstellung; Simulation auf Basis eines kalibrierten Modells für zwei von einem wirtschaftlichen Schock ungleich betroffene Länder.

Wirtschaftlicher Gewinn im Währungsraum durch Stabilisierungsfonds
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Länder



Anmerkung zum Abbildungsteil rechts: Der wirtschaftliche Gewinn ist definiert für das Szenario mit einem Stabilisierungsfonds im Verhältnis zum Status Quo ohne eine solchen Ausgleichsmechanismus.

© DIW Berlin 2018

ZITAT

Die Möglichkeit der EZB, mit einem einheitlichen Leitzins eine für alle Mitgliedstaaten angemessene Geldpolitik durchzuführen, ist aufgrund asymmetrischer Konjunkturzyklen in den Euro-Mitgliedsländern begrenzt. Ein Mechanismus, der die Konjunkturzyklen harmonisiert, wäre daher dringend erforderlich.

— Marius Clemens —

Ein Stabilisierungsfonds kann den Euroraum krisenfester machen

Von Marius Clemens und Mathias Klein

ABSTRACT

Eine Neugestaltung der europäischen Fiskalpolitik ist ein Kernthema aktueller Reformüberlegungen. Dabei wird insbesondere über die Schaffung eines europäischen Stabilisierungsmechanismus diskutiert. Diese Studie befasst sich mit den zu erwartenden makroökonomischen Auswirkungen eines Stabilisierungsfonds, dessen konjunkturelle Folgen in einem Gleichgewichtsmodell untersucht werden. Es zeigt sich, dass der Stabilisierungsfonds konjunkturelle Schwankungen reduziert und somit einen Mechanismus darstellt, um den gesamten Währungsraum in Zukunft krisenfester zu machen. Dabei ist zu beachten, dass ein Stabilisierungsfonds politisch eher durchsetzbar sein dürfte als die Verlagerung von nationalen Kompetenzen an ein neu zu schaffendes europäisches Finanzministerium. Zudem sollte das moralische Risiko im Hinblick auf das Verhalten einzelner Länder bei der Ausgestaltung des Stabilisierungsfonds berücksichtigt werden. So sollte parallel zur Einführung eines europäischen Stabilisierungsfonds die Einhaltung festgelegter Fiskalregeln wirksam durchgesetzt werden.

Eine Währungsunion wie der Euroraum mit unterschiedlichen Mitgliedstaaten benötigt einen Stabilisierungsmechanismus, um ungleiche Schwankungen der nationalen Volkswirtschaften auszugleichen.[1] Die einheitliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank kann diese Rolle nur erfüllen, wenn es einen nahezu identischen Konjunkturverlauf in den einzelnen Mitgliedsländern gibt, weil der gemeinsame Zinssatz nicht auf diese unterschiedlichen Wirtschaftsverläufe reagieren kann. Während für Länder, die oberhalb der Normalauslastung agieren, eine Zinserhöhung optimal wäre, um eine Überhitzung der Wirtschaft zu verhindern, wäre aus Sicht der Länder mit einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung eine expansive Geldpolitik angemessen.

Im Euroraum war insbesondere in den Jahren nach der Staats- und Schuldenkrise eine Asymmetrie der Konjunkturzyklen einiger Mitgliedstaaten zu beobachten (Abbildung 1). Während sich die deutsche Wirtschaft von der Großen Rezession relativ schnell erholte und seit dem Jahr 2011 wieder eine leichte Überauslastung aufweist, blieb die Kapazitätsauslastung der anderen großen Volkswirtschaften wie Frankreich, Italien und Spanien und auch der Euroraum insgesamt unter ihrem Normalniveau.[2]

Der Zielkonflikt einer gemeinsamen Geldpolitik bei asymmetrischen Konjunkturverläufen in den Mitgliedstaaten stellt allerdings nicht zwangsläufig ein Problem dar. Alternative Mechanismen müssen dann jedoch greifen, um eine wirtschaftliche Anpassung und einen symmetrischeren Konjunkturverlauf herbeizuführen. Dieser zusätzliche Anpassungsmechanismus wird umso wichtiger, je stärker die Handlungsoptionen konventioneller Geldpolitik eingeschränkt sind, beispielsweise wenn der Leitzins nicht mehr weiter gesenkt werden kann (Nullzinsgrenze). Eine antizyklische *nationale Fiskalpolitik* ist ein Instrument, welches diese

1 Sebastian Dullien und Ferdinand Fichtner (2012): Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung für den Euroraum, DIW Wochenbericht Nr. 44, 9–15 (online verfügbar, abgerufen am 6. Juni 2018. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt); Agnès Bénassy-Quéré et al. (2018): Reconciling Risk Sharing with Market Discipline: A Constructive Approach to Euro Area Reform", CEPR Policy Insight 91 (online verfügbar); IMF (2018): A Central Fiscal Stabilization Capacity for the Euro Area, IMF Staff Discussion Note (online verfügbar).

2 Ein ähnliches Bild nur mit umgekehrten Vorzeichen ergibt sich für den Zeitraum vor der Großen Rezession. Während Deutschland bis zum Jahre 2006 eine negative Produktionslücke aufwies, war diese in den anderen Ländern, allen voran Spanien, deutlich positiv.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-23-3

benötigte Anpassung erreichen kann. Die nationale Fiskalpolitik wirkte jedoch vor allem in den Ländern, die infolge der Staatschuldenkrise besonders stark betroffen waren, prozyklisch. So erzielten die meisten Länder des Euroraums in den letzten Jahren einen Primärüberschuss, und das obwohl ihre Wirtschaft sich in einer Situation deutlicher Unterauslastung befand (Abbildung 2).

Infolge wegbrechender Steuereinnahmen und steigender Transferausgaben in den Krisenjahren waren die Regierungen zunächst gezwungen, sich stärker zu verschulden, um die Konjunktur zu stützen. Um dem Anstieg der öffentlichen Verschuldung jenseits der Maastrichtkriterien entgegenzuwirken, wurden vor allem in den südeuropäischen Ländern große Konsolidierungsanstrengungen unternommen. Diese Sparpolitik führte zwar zu einer Reduzierung des fiskalischen Defizits, schwächte aber die wirtschaftliche Entwicklung weiter ab. Es liegt daher der Schluss nahe, dass Regierungen, deren Ausgabenpolitik durch den Fiskalpakt beschränkt wird, nicht mehr optimal antizyklisch auf den Konjunkturverlauf reagieren können.

Es ist jedoch denkbar, dass ein stabilisierender Mechanismus auf europäischer Ebene eingeführt wird. Dies hat den Vorteil, dass länderspezifische Transferzahlungen national unterschiedlich wirken können. Sofern ein europäischer Fiskalmechanismus somit zu einer Angleichung nationaler Konjunkturverläufe führt, kann eine gemeinsame Geldpolitik für die Währungsunion wieder für alle Mitgliedstaaten angemessen ausgestaltet werden.

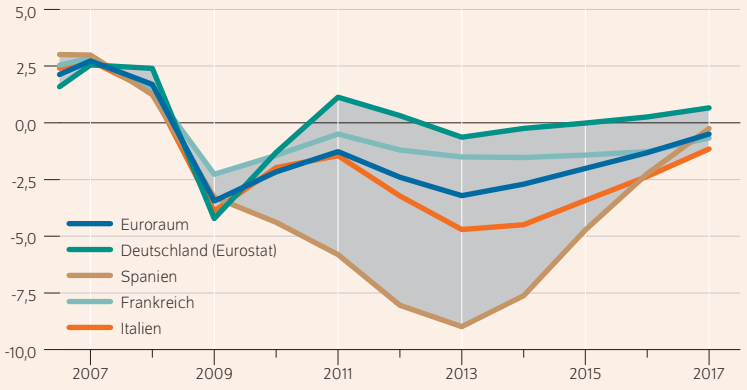
Reformvorschläge zur europäischen Fiskalpolitik

Bereits im Jahr 1977 kam eine Kommission um den Ökonomen MacDougall zu dem Ergebnis, dass eine Intensivierung der europäischen Integration mit einer Ausweitung der fiskalischen Kapazitäten in der EU einhergehen sollte.[3] Im Zuge der Staatsschuldenkrise stieg zudem der politische Druck, Reformen bezüglich eines gemeinsamen Stabilisierungsmechanismus durchzusetzen. Im Van-Rompuy-Bericht[4] von 2012 und im drei Jahre später vorgelegten sogenannten Bericht der fünf Präsidenten wurde auf die Notwendigkeit nationaler Fiskalregeln und fiskalischer Solidarität hingewiesen. Im Vordergrund des Vorschlags steht ein Stufenkonzept, welches den Weg in eine „echte Wirtschafts- und Währungsunion“ ebnen soll. Dieser Bericht sieht auch die kurzfristige Einsetzung eines Europäischen Fiskalrats vor, der die Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts bewertet.[5] Langfristig soll eine Stabilisierungsfunktion auf zentraler europäischer Ebene geschaffen werden, um besser auf makroökonomische Schwankungen reagieren zu können, die sich auf nationaler Ebene nicht bewältigen lassen.

Abbildung 1

Produktionslücken ausgewählter Länder des Euroraumes, 2007–2017

Prozentuale Abweichung vom Produktionspotential



Quellen: AMECO; DIW Frühjahrsgrundlinen 2018.

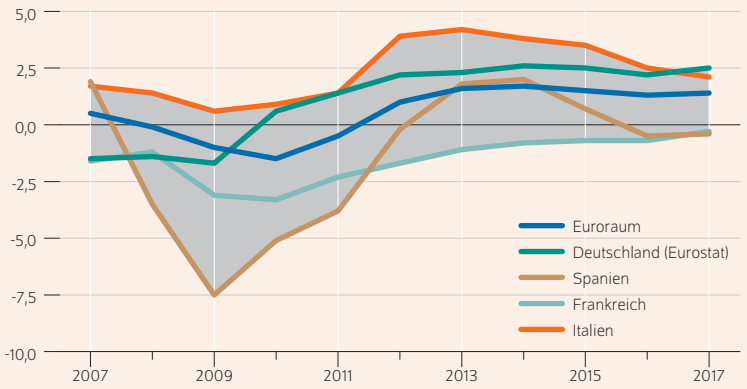
© DIW Berlin 2018

Nach der Staats- und Schuldenkrise haben sich die Ökonomien des Euroraumes unterschiedlich entwickelt: Die deutsche Wirtschaft weist seit 2011 eine nahezu ausgeglichene, andere wichtige Mitgliedsländer eine negative, Produktionslücke auf.

Abbildung 2

Strukturelle Primärsalden ausgewählter Länder des Euroraumes, 2007–2017

Prozentuale Abweichung vom Produktionspotential



Quelle: AMECO.

© DIW Berlin 2018

In den meisten Ländern weist die Fiskalpolitik ein prozyklisches Muster auf. Mit der Ausnahme von Frankreich haben alle großen Mitgliedsländer in den letzten Jahren einen Primärüberschuss erzielt.

3 Donald MacDougall (1977): Report of the Study Group on the Role of Public Finance in European Integration, Volume I General Report, Brussels 1977.

4 Herman van Rompuy (2012): Towards a Genuine Economic and Monetary Union: Report by President of the European Council, June 2012.

5 European Fiscal Board (2017): Annual Report.

Wie dieser Mechanismus ausgestaltet sein soll, ist allerdings nicht genauer beschrieben.

Infolge dieser Entwicklungen steht das Thema einer europäischen Fiskalpolitik im aktuellen politischen Diskurs, insbesondere zwischen Frankreich und Deutschland, auf der Tagesordnung. Zur Diskussion stehen verschiedene Reformen[6], die sich allerdings bei der praktischen Ausgestaltung, wie beispielsweise der Bestimmung von expliziten Schwellenwerten, der Transferregel, der Ausgabenregel oder der Finanzierung, nur geringfügig unterscheiden.

Als rechtlicher Rahmen für einen Stabilisierungsmechanismus käme der Aufbau eines *gemeinsamen fiskalischen Haushalts* unter einem gemeinsamen europäischen Finanzminister in Frage. Alternativ könnte aber auch ein sogenannter „Schlechtwetterfonds„ zum Einsatz kommen, der eingezahlte Beiträge an Länder auszahlt, die sich in schlechter konjunktureller Lage befinden.[7] Ziel ist es in beiden Fällen, die Risikoabsicherung zwischen den Ländern zu verbessern und die Fiskalpolitik insgesamt antizyklischer auszurichten und so die Grundlage für eine bessere gemeinsame Geldpolitik zu schaffen. Der erste Vorschlag ist jedoch mit einer deutlich stärkeren Abgabe nationaler Kompetenzen verbunden und dürfte, wenn überhaupt, nur von wenigen Mitgliedsländern mitgetragen werden.

Auszahlung der Transfers sollte auf konjunkturellen Indikatoren basieren

Aus theoretischer Sicht macht es Sinn, die Produktionslücke[8] der Mitgliedstaaten als Indikator für konjunkturelle Über- oder Unterauslastung zu definieren, bei dem die konjunkturell bedingten Transferzahlungen einsetzen. Allerdings ist die Produktionslücke eine nicht beobachtbare Größe, revisionsanfällig und sensitiv gegenüber länderspezifischen Änderungen. Deshalb stellen arbeitsmarktspezifische Kennziffern, wie beispielsweise die Beschäftigungslücke, das heißt die Abweichung der Erwerbslosenquote[9] von ihrem langfristigen Trendwert, eine bessere Grundlage zur Bestimmung der Transferzahlungen dar. Als einschränkende Bedingung für Transferzahlungen kann zusätzlich die Veränderung der Erwerbslosenquote hinzugezogen werden. Nur wenn die Beschäftigungslücke positiv ist und die Erwerbslosenquote um einen festgelegten Schwellenwert steigt, sollten Transfers ausgezahlt werden.

In Bezug auf eine solche Transferregel ist es wichtig, permanente Transfers in eine Richtung auszuschließen, das heißt die Auszahlung sollte einmalig und in Höhe eines festgelegten Anteils der Produktions- oder Beschäftigungslücke, beziehungsweise deren Veränderungsraten, erfolgen. So wurde beispielsweise ein Schwellenwert für den Anstieg der Beschäftigungslücke von einem dreiviertel Prozentpunkt vorgeschlagen.[10]

Die Höhe der Transferzahlungen der einzelnen Länder sollte dabei an die Schwankungsstärke des die Zahlungen auslösenden Indikators gekoppelt sein. Schwankt beispielsweise die Erwerbslosenquote eines Landes sehr stark, so sollte auch die Einzahlung des Landes im Durchschnitt höher sein.

Modellsimulation eines europäischen Stabilisierungsmechanismus

Im Folgenden werden die makroökonomischen Auswirkungen eines asymmetrischen Schocks exemplarisch in einem dynamischen Gleichgewichtsmodell mit zwei strukturell unterschiedlichen Mitgliedsländern mit und ohne gemeinsamem Stabilisierungsfonds analysiert (Kasten 1). Ein solches Modell eignet sich deshalb so gut für diese Analyse, weil es die Erwartungsbildung der privaten Haushalte und der Unternehmen berücksichtigt. Ein Stabilisierungsfonds und seine spezielle Ausgestaltung der Transfer- und Fiskalregeln wird daher die wirtschaftlichen Entscheidungen der privaten Akteure und folglich die Konjunkturdynamik maßgeblich beeinflussen.

Als Vergleichsmaßstab wird ein Modellrahmen ohne regelmäßigen, konjunkturellen Stabilisierungsmechanismus gewählt. Das Modell wird so kalibriert, dass die typischen Konjunkturzyklen in Kern- und Peripherieländern des Euroraums adäquat nachgebildet werden. Bezüglich der Ausgestaltung des Stabilisierungsmechanismus wird angenommen, dass Länder, die sich im Aufschwung befinden, einen Teil ihres Nationaleinkommens an den Europäischen Stabilisierungsfonds überweisen. Es wird angenommen, dass der Anteil bei rund 0,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt.[11] In der Abschwungphase erhalten die Länder hingegen zusätzliche Transferzahlungen aus dem Stabilisierungsfonds. Die Höhe der Transferzahlung richtet sich auch nach der Stärke der Asymmetrie und wird gemessen als Anteil an der Differenz beider Produktionslücken. Führt der Schock zu sehr stark divergierenden Konjunkturzyklen, ist auch die Transferzahlung höher.

Im Modell können allerdings auch nicht alle diskutierten Vorschläge für die praktische Umsetzung berücksichtigt werden. So ist beispielsweise die Produktionslücke im Modell von allen Akteuren perfekt beobachtbar und liefert folglich die bestmögliche Information bezüglich der konjunkturellen Entwicklung.

6 Emmanuel Macron (2017): Initiative for Europe: A Sovereign, United, Democratic Europe", Speech at the Sorbonne, Paris; Italian Ministry of Finance (2017): Italian Contribution on Deepening the EMU; Bara et al. (2017): A Contribution to Work on the Strengthening of the Euro Area, Trésor-Economics 190, French Treasury; Agnès Bénassy-Quéré et al. (2018): a. a. O.; IMF (2018): a. a. O.

7 Die Idee eines Stabilisierungsfonds ist nicht neu. Bereits in den frühen 1960er Jahren begannen beispielsweise ressourcenreiche Staaten sich gegen rohstoffpreisbedingte Schwankungen der Staatseinnahmen abzusichern. Naotaka Sugawara (2014): From Volatility to Stability in Expenditure: Stabilization Funds in Resource-Rich Countries, IMF Working Papers 14/43 zeigt, dass die Einführung derartiger Stabilisierungsfonds zu einer stabileren Fiskalpolitik geführt haben.

8 Die Produktionslücke wird gemessen als Differenz zwischen tatsächlichem realen Bruttoinlandsprodukt und dem Produktionspotential. Letzteres ist nicht beobachtbar, lässt sich aber durch die konjunkturelle Bereinigung und Fortschreibung von angebotsseitigen Produktionsfaktoren schätzen.

9 Hierfür eignet sich die international vereinheitlichte ILO-Erwerbslosenquote. Von den Arbeitsämtern erhobene Arbeitslosenquoten basieren auf unterschiedlichen nationalen Konzepten.

10 IMF (2018): a. a. O.

11 IMF (2018): a. a. O.

Kasten 1

Modell

Die vorliegende Studie zu den Auswirkungen eines europäischen Stabilisierungsfonds basiert auf einem Zwei-Länder-Modell mit Sucharbeitslosigkeit.[1] Ein solches Modell eignet sich deshalb so gut für die Analyse der grundlegenden Zusammenhänge, weil es die Erwartungsbildung der privaten Haushalte und Unternehmen berücksichtigt. Existiert ein Stabilisierungsfonds, werden die spezielle Ausgestaltung der Transfer- und Fiskalregeln sowie die Konsum- und Sparentscheidungen der privaten Akteure dadurch beeinflusst. Die Transfer- und Fiskalregeln sind im Modell zudem so ausgestaltet, dass private Haushalte keine permanenten Transferzahlungen erwarten können.

Es werden zwei verschiedene Arten von privaten Haushalten – mit und ohne Zugang zum Finanzmarkt – berücksichtigt. Haushalte mit Zugang zum Finanzmarkt können sowohl in- als auch ausländische Staatsanleihen kaufen. Der aktuelle Schuldenstand eines Landes beeinflusst die jeweilige Zinszahlung eines Landes.[2]

In beiden Ländern fallen bei Haushalten und Firmen zusätzliche Kosten bei der Suche nach einem Job beziehungsweise der Suche von qualifizierten Fachkräften an. Die Firmen diskriminieren nicht zwischen den unterschiedlichen Haushaltstypen, so dass die Anzahl von Neueinstellungen von der Anzahl der Stellenausschreibungen und der Anzahl der am Arbeitsmarkt suchenden Erwerbspersonen abhängt. Die Wahrscheinlichkeit eine Stelle zu besetzen beziehungsweise einen Job zu erhalten steigt, wenn der Arbeitsmarktengpass größer wird. Dieser wird im Modell anhand der Beveridge-Kurve gemessen, das heißt der Relation zwischen Leerstellen und Arbeitsuchenden. Die Arbeitssuchenden können in zwei Kategorien unterteilt werden. Kurzzeitarbeitslos sind diejenigen Arbeitssuchenden, die für maximal ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Sie erhalten Arbeitslosengeld, welches rund 70 Prozent ihres vorherigen Lohnes entspricht[3]. Langzeitarbeitslose sind die Arbeitssuchenden, die bereits ein Jahr kurzzeitarbeitslos waren und in dieser Zeit keinen Job gefunden haben. Sie erhalten einen lohnunabhängigen fixen Betrag, der in etwa 30 Prozent des Durchschnittslohnes der Volkswirtschaft entspricht.

Die nationale Finanzpolitik zahlt Lohnersatzleistungen und weitere Transfers an die privaten Haushalte aus. Des Weiteren werden nicht verzerrende Pro-Kopf-Steuern gemäß einer fiskalischen Regel gesetzt. Die fiskalische Regel sieht vor, dass die Regierung den Steuersatz erhöht, wenn die Wirtschaft überausgelastet ist oder der strukturelle Primärsaldo seinen Zielwert von 0,5 Prozentpunkten am Bruttoinlandsprodukt überschritten hat.

Die restliche Struktur des Modells ist sehr ähnlich zu dem in der Konjunkturprognose verwendeten Euroraum-Modell des DIW Berlins.[4] Es gibt eine horizontale Wertschöpfungsstruktur, in der selbsthergestellte und importierte Zwischen- und Endprodukte produziert werden. Das Endprodukt wird sowohl für den Konsum als auch zum Aufbau des Kapitalstocks verwendet. Die Zentralbank setzt einen für alle Mitgliedsländer einheitlichen Zinssatz, während der Staat seine Ausgaben durch die Emission kurz- und langfristiger Staatsanleihen finanziert.

Das Modell wird zunächst so kalibriert, dass es die typischen konjunkturellen Charakteristika (Volatilität, Zyklizität und Persistenz) von makroökonomischen Variablen, wie Bruttoinlandsprodukt, Konsum, Investitionen, Beschäftigung und Lohn des Euroraumes widerspiegelt. Die Modelldynamiken bilden daher die europäischen Konjunkturverläufe adäquat ab. Bezüglich der Ausgestaltung des Stabilisierungsmechanismus wird angenommen, dass Länder, die sich im Aufschwung befinden, einen Teil ihres Nationaleinkommens an einen Europäischen Stabilisierungsfonds überweisen. In der Abschwungphase erhalten die Länder zusätzliche Transferzahlungen durch den Stabilisierungsfonds. Der Modellrahmen beschäftigt sich nur mit konjunkturellen Schwankungen, permanente Transferzahlungen in ein und dieselbe Richtung sind daher ausgeschlossen. Sind die realen Produktionslücken beider Länder nahezu identisch, sieht der Mechanismus keine Transfers vor und die gemeinsame Geldpolitik kann optimal konjunkturstabilisierend wirken. Der vorgestellte Modellrahmen kann daher auf eine Situation asymmetrisch verlaufender Konjunkturzyklen in den Mitgliedsländern, wie sie in den Krisenjahren zu beobachten war, gut übertragen werden.

1 Guillaume Claveres und Marius Clemens (2017): Unemployment Insurance Union, 2017 Meeting Papers, Society for Economic Dynamics (online verfügbar). Diese Studie ist angelehnt an Stéphane Moyen und Nikolai Stähler (2014): Unemployment insurance and the business cycle: Should benefit entitlement duration react to the cycle?. Macroeconomic Dynamics, 18(03), 497–525, und Stéphane Moyen, Nikolai Stähler und Fabian Winkler (2016): a. a. O.

2 Stephanie Schmidt-Grohe und Martin Uribe (2003): Closing small open economy models, Journal of International Economics, Band 61, 163–185.

3 OECD (2017): Benefits and Wages.

4 Marius Clemens, Stefan Gebauer, Malte Rieth (2017): Frühzeitiger Ausstieg der EZB aus dem Anleihekaufprogramm dürfte Wachstum und Inflation bremsen, DIW Wochenbericht Nr. 49, 1136–1143 (online verfügbar).

Zudem werden, um verzerrende Effekte auszuschließen, im Simulationsmodell die Transferzahlungen verteilungsneutral finanziert, das heißt alle Haushalte zahlen einen gleichen Betrag. Hier sind natürlich einige Modifizierungen denkbar. Da Haushalte ohne direkten Zugang zum Finanzmarkt besonders stark vom Stabilisierungsmechanismus profitieren, kann über eine stärkere Belastung von Haushalten mit Finanzkapital nachgedacht werden. Zudem kann das zur Fiskalstabilisierung bereitgestellte Budget über unterschiedliche Formen finanziert werden, etwa über einen Zuschlag zur Mehrwert- oder Einkommenssteuer oder alternativ als pauschale Abgabe.

Das Modell legt den Fokus nur auf konjunkturelle Schwankungen, so dass permanente Transferzahlungen in ein und dieselbe Richtung ausgeschlossen werden. Sind die realen Produktionslücken beider Länder nahezu identisch, gibt es keine Transfers und die gemeinsame Geldpolitik kann optimal konjunkturstabilisierend wirken. Der vorgestellte Modellrahmen kann daher auf eine Situation asymmetrisch verlaufender Konjunkturzyklen in den Mitgliedsländern, wie sie in den Krisenjahren im Euroraum zu beobachten war, gut übertragen werden (Kasten 2).

Die Modellsimulationen liefern folgende Ergebnisse: Von einem europäischen Stabilisierungsfonds profitiert das Land, welches negativ von einem asymmetrischen Produktivitätsschock betroffen ist. Erstens wird die tatsächliche gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht in dem ursprünglichen Maße reduziert, weil der Einkommensverlust durch zusätzliche Transfers aus dem Partnerland teilweise kompensiert wird. Zweitens erwarten die privaten Haushalte auch in Zukunft einen deutlich geringeren negativen Effekt auf ihr individuelles Nettoeinkommen und reduzieren daher ihren Konsum nicht so stark. Innerhalb des Landes profitieren die privaten Haushalte besonders stark, welche keinen Zugang zum Finanzmarkt haben und sich nicht gegenüber unerwarteten Einkommensverlusten absichern können.

Im anderen Land wird hingegen ein Teil der zusätzlichen Nachfrage, die infolge eines asymmetrischen Schocks entsteht, vom europäischen Stabilisierungsfonds in Form höherer Steuerzahlungen abgeschöpft. Grundsätzlich können die Haushalte dadurch weniger konsumieren als zuvor. Das Wachstum des Landes ist folglich geringer als im Fall ohne eine gemeinsame Stabilisierungspolitik. In der Summe reduziert die Regelung in beiden Fällen die Auswirkung des asymmetrischen Schocks und insgesamt ergibt sich, auch aufgrund der gegenseitigen Handelsbeziehungen, ein Stabilisierungsgewinn. Der Stabilisierungsgewinn folgt dabei aus einem Anstieg der privaten Nachfrage als Reaktion auf das gesunkene wirtschaftliche Risiko. Geht man – wie die meisten Studien – davon aus, dass die Schocks in beiden Ländern in gleichem Maße mal positiv und mal negativ wirken, profitieren beide Länder von der gemeinsamen Stabilisierungspolitik.[12] Das Ergebnis der modellgestützten Simulation zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt des gesamten Euroraumes infolge des negativ wirkenden Schocks über mehrere Quartale hinweg weniger stark sinkt (Abbildung Kasten 2). Kumuliert wäre der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts bei einer gemeinsamen Stabilisierungspolitik damit im ersten Jahr um rund 7 Prozent geringer als im Status quo. In den Folgejahren nimmt dieser Stabilisierungsgewinn kontinuierlich ab. Aus Sicht der gemeinsamen Währungsunion führt der hier vorgestellte Stabilisierungsfonds also dazu zukünftige wirtschaftliche Abschwünge abzufedern, symmetrischere Konjunkturverläufe zu schaffen und damit das Funktionieren einer gemeinsamen Geldpolitik im Euroraum zu verbessern.

Kasten 2

Simulation eines Stabilisierungsmechanismus

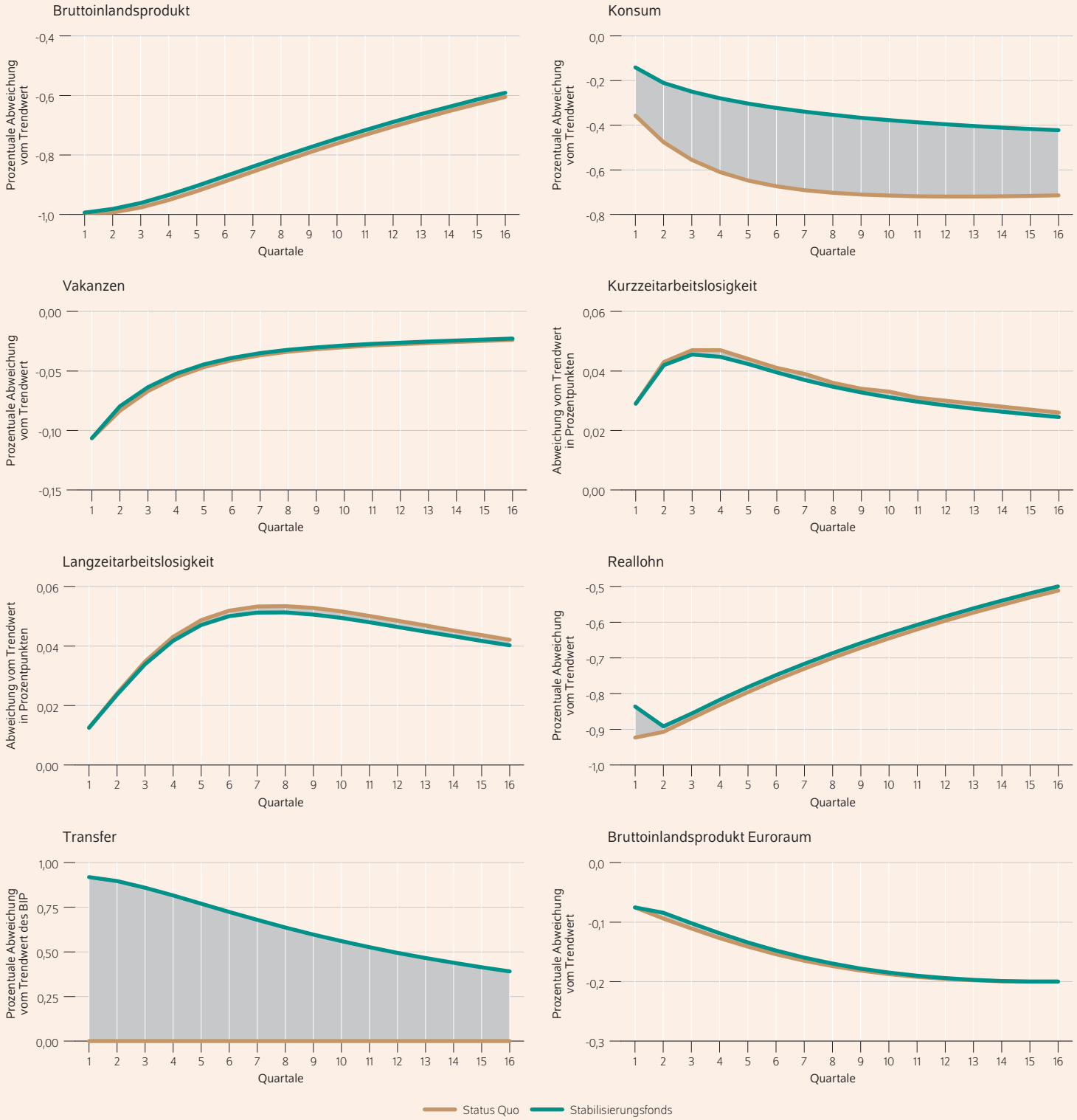
Im Folgenden werden die Ergebnisse der Modellsimulationen näher beschrieben. Im Falle eines einzelnen asymmetrisch wirkenden Produktivitätsschocks steigen die Produktionskosten im Land welches negativ betroffen ist (Abbildung).

Die höheren Produktionskosten reduzieren insgesamt sowohl die Wirtschaftsleistung, den privaten Konsum als auch die Löhne. Zunächst besetzen die vom Produktivitätsverlust betroffenen Firmen freigewordene Stellen nicht mehr neu. Unabhängig von ihrer Lohnsetzungsmacht müssen die Arbeitnehmer die Lohnforderungen reduzieren. Darüber hinaus verlieren die Firmen im Vergleich zum Partnerland, in dem der Produktivitätsschock positiv wirkt, an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, so dass in- und ausländische Konsumenten zum Teil den Produkten aus dem Partnerland den Vorzug geben, mehr Waren importiert als exportiert werden und somit die Handelsbilanz negativ wird. Die sinkende Produktion führt auch zu einer höheren Kurzzeitarbeitslosigkeit, die sich dauerhaft in einer gestiegenen Langfristarbeitslosigkeit manifestiert. Mit der Arbeitslosigkeit steigen die staatlichen Ausgaben für Lohnersatzleistungen, so dass die Regierung bei gegebenen Steuersätzen eine höhere Verschuldung aufnehmen muss. Regierungen von Ländern, die ihre Verschuldungsgrenze erreicht haben ist dies jedoch nicht möglich, so dass ihre Fiskalpolitik insgesamt prozyklisch wirkt und den konjunkturellen Abschwung verstärkt. In Ländern, in denen eine zusätzliche Neuverschuldung möglich ist, kann die Regierung die Steuersätze in den Folgejahren erhöhen, so dass die Verschuldungsquote wieder ihren langfristigen Gleichgewichtswert erreicht.

12 Diese Annahme scheint umso plausibler, wenn man die Entwicklungen in den Vorkrisenjahren (negative Produktionslücke in Deutschland, positive Produktionslücke im restlichen Euroraum) bedenkt.

Abbildung

Simulation der Auswirkungen eines Stabilisierungsfonds auf Deutschland und den Währungsraum
Abweichungen vom langfristigen Trendwert für die Quartale nach einem wirtschaftlichen Schock



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2018

Der Stabilisierungsfonds federt ökonomische Schocks besser ab.

Gemeinsamer Fiskalrat und Einhaltung nationaler Fiskalregeln können moralisches Risiko senken

Die Simulationen bestätigen Ergebnisse anderer Studien[13] und weisen darauf hin, dass ein europäischer Stabilisierungsfonds grundsätzlich einen großen Beitrag zur Verbesserung des institutionellen Rahmens des Euroraums leisten kann. Ein Stabilisierungsmechanismus, wie hier vorgestellt, ist nicht dazu geeignet, strukturelle Ungleichgewichte in den Ländern zu beheben, dafür gibt es bereits diverse andere Mechanismen (beispielsweise europäische Strukturfonds). Zudem ist der Mechanismus nicht dazu geeignet systematische Unsicherheiten bezüglich der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung in einzelnen Mitgliedsländern zu reduzieren. Zu diesem Zweck sollte stattdessen eine Vervollständigung der Bankenunion sowie eine adäquate Regulierung von Finanzinstitutionen forciert werden.[14]

Der hier untersuchte Stabilisierungsfonds kann aber einen Beitrag leisten, zukünftige strukturelle Ungleichgewichte zu verhindern, da Länder, die sich in einem konjunkturellen Boom befinden, einen Teil ihrer Überkapazitäten abbauen. Zudem ermöglicht der Mechanismus, dass extremen wirtschaftlichen Abschwüngen, wie sie der Euroraum im Zuge der Staats- und Schuldenkrise durchlebt hat, entgegengewirkt wird. Ein solcher Mechanismus birgt allerdings ein moralisches Risiko im Hinblick auf das Verhalten einzelner Länder. Beispielsweise durch die Verwässerung konjunktureller Statistiken können Mitgliedsländer weniger Transfers zahlen, beziehungsweise mehr Geld bekommen, als tatsächlich angemessen wäre. Solchen Fehlanreizen kann jedoch entgegengewirkt werden. So kann dieses Risiko mit einem gemeinsamen Fiskalrat, welcher offizielle Zahlen gegenprüft, minimiert werden. Ein anderer Vorschlag zur Minimierung des moralischen Risikos sieht vor, dass parallel zur Einführung eines europäischen Stabilisierungsfonds, die Einhaltung der nationalen und europäischen Fiskalregeln besser durchgesetzt wird.[15]

13 Sebastian Dullien (2008): Eine Arbeitlosenversicherung für die Eurozone, SWP Studie; Kerstin Bernoth und Philipp Engler (2013): Konjunkturelle Ausgleichszahlungen als Stabilisierungsinstrument in der Europäischen Währungsunion, DIW Wochenbericht Nr. 44, 3–8 (online verfügbar); Philipp Engler und Simon Voigts (2013): A Transfer Mechanism for a Monetary Union, SFB 649 Discussion Paper (online verfügbar); Stéphane Moyen, Nikolai Stähler und Fabian Winkler (2016): Optimal Unemployment Insurance and International Risk Sharing, Finance and Economics Discussion Series, 2016-054, US FED.

14 Franziska Bremus und Claudia Lambert (2014): Bankenunion und Bankenregulierung: Stabilität des Bankensektors in Europa, DIW Wochenbericht Nr. 26, 614–625 (online verfügbar).

15 Roel Beetsma und Martin Larch (2018); Risk reduction and risk sharing in EU fiscal policymaking: The role of better fiscal rules, VOXEU (online verfügbar).

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Mathias Klein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mklein@diw.de

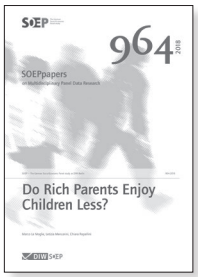
JEL: E32, E63, F45

Keywords: Monetary union, stabilization fund, fiscal policy

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 22+23/2018:

www.diw.de/diw_weekly

SOEP Papers Nr. 964
2018 | Marco Le Moglie, Letizia Mencarini, Chiara Rapallini

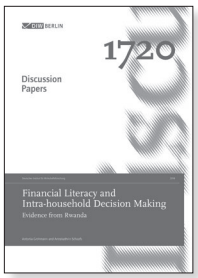


Do Rich Parents Enjoy Children Less?

We investigate the role of individual labor income as a moderator of parental subjective well-being trajectories before and after first childbirth for couples living in Germany. Analyzing German Socio-economic Panel Survey data, we found that income matters negatively for parental subjective well-being after childbirth, though with important differences by education and gender. In particular, among better educated parents, the richer see the arrival of a child more negatively. Parental income is measured by the average of individual labor income within three years before the birth, the individual labor income at three years from the event, and the equivalent household income. In this way, we provide evidence that results are robust to potential endogeneity between income and childbirth, and for alternative measures of income. Results are discussed in terms of preferences among different groups of parents, and work and family balance.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

Discussion Papers Nr. 1720
2018 | Antonia Grohmann, Annekathrin Schoofs



Financial Literacy and Intra-Household Decision Making: Evidence from Rwanda

Despite considerable policy efforts, women continue to be underrepresented in positions of power and decision making. As an important aspect of women empowerment, we examine women's participation in intrahousehold financial decision making and how this is affected by financial literacy. Using both OLS and IV regression analysis, we show that women with higher financial literacy are more involved in household financial decisions. In line with the literature, we further find that women are less financially literate than men. Results from decomposition analysis show that education and personality traits (openness, happiness, and depression) drive this financial literacy gender gap.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

KORNELIA HAGEN

Mängel der Riester-Rente sprechen für ein Standardprodukt

Kornelia Hagen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die Riester-Rente wird bald volljährig, sie kommt damit in ein Alter, das allgemeinhin mit Reife und Aufbruch zu Neuem verbunden wird. Seit 2001 soll sie als eine individuelle, freiwillige, kapitalgedeckte, steuerlich geförderte Altersvorsorge künftige Versorgungslücken in der gesetzlichen Rentenversicherung ausgleichen, die durch die Absenkung des Rentenniveaus entstehen. Den Zuschlag für den Vertrieb bekam damals die Versicherungs- und Finanzwirtschaft. Schätzungen zufolge sollten etwa 35 Millionen Menschen die Förderung in Anspruch nehmen. Das Produkt sollte für Geringverdienende erschwinglich sein, weitere Zielgruppen waren Frauen und Alleinstehende. Soweit – so gut?

Nein, die Riester-Rente ist keineswegs ausgereift. Sie wird nicht flächendeckend in Anspruch genommen. Die Zahl der Verträge lag Ende 2017 bei 16,5 Millionen, seit einigen Jahren steigt sie nur noch in lächerlichem Ausmaß – 2017 gegenüber 2016 beispielsweise um 23 Verträge! Hinzu kommt, dass jeder fünfte Vertrag ruht. Da eine Person mehrere Verträge abschließen kann, ist die Zahl der Geförderten noch geringer. Von Ende 2016 rund 11 Millionen Geförderten erhielt nur etwas mehr als die Hälfte die volle Förderung, fast 20 Prozent sogar weniger als die Hälfte. Der Streit in Politik, Wissenschaft und Versicherungswirtschaft darüber, ob Geringverdienende angemessen an der Riester-Förderung partizipieren, kann hier nicht detailliert ausgeführt werden. Fakt ist aber, der Anteil von Geringverdienern, die riestern, ist geringer, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechen würde.

Die geringe Nachfrage nach Riester-Produkten hat mehrere Ursachen: Vorsorge ist ein ungeliebtes Thema. Der niedrige Garantiezins, der heute auf 0,9 Prozent gesunken ist (2001: 3,25 Prozent), bietet wohl kaum Anreiz für einen Riester-Abschluss. Der bedeutendste Grund für die Verweigerung zu riestern sind sicherlich (zu) hohe und intransparente Vertriebs-, Abschluss- und Verwaltungskosten sowie die Komplexität von Produkt und Förderung. Zwar zeigen Produkttests von Ökotest und Stiftung Warentest, dass es möglich ist, günstige Riester-Produkte zu finden. Aber zweifelsohne riskieren gerade finanziell Unwissende – dazu gehören rund 40 Prozent der Bevölkerung – einen schlechten, weil renditeschwachen Vertrag abzuschließen, zumal Verkauf und Beratung von Provisionen getrieben wird. Auch die 2017 eingeführten standardisierten Produktinformationsblätter führten bislang zu keinem Erfolg.

Vielen gilt die private geförderte Altersvorsorge als nicht verhandelbar. Ich halte sie für einen Irrweg. Zur langfristigen Sicherung einer auskömmlichen Versorgung im Alter sollte besser die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung gestärkt werden. Diese Option wird aber gegenwärtig eher ignoriert und teilweise diskreditiert; sie findet vermutlich absehbar keine politischen Mehrheiten.

Nur in Anbetracht dessen sowie wegen der Konstruktionsfehler der Riester-Rente plädiere ich alternativ für ein Basisprodukt. Viele favorisieren ein Garantieprodukt, auch wenn das etwas Rendite kostet. Zumindest müsste das Produkt einfach, transparent und kostengünstig ausgestaltet und von einer vertrauenswürdigen Institution nicht profitorientiert verwaltet werden. Dies signalisierte einen kleinen Aufbruch in der privaten Altersvorsorge, könnte vielleicht die Vorsorgebereitschaft steigern. Prominent diskutiert werden bislang zwei Modelle, die *Deutschlandrente* (Hessenmodell) und das *Vorsorgekonto* (Rentenversicherung Baden-Württemberg).

Die Bundesregierung tritt laut Koalitionsvertrag in der Alterssicherung für das Drei-Säulen-Modell ein und kündigte einen Dialog mit der Versicherungswirtschaft an, damit zügig ein attraktives standardisiertes Riester-Produkt entwickelt werde. Ausgerechnet jene Branche soll das Produkt anbieten, die für die Riester-Defizite mit verantwortlich ist und sich wiederholt gegen ein Nonprofit-Produkt ausgesprochen hat? Dies steht nicht für Aufbruch und Dynamik, und ob sich darüber ein neuer Zusammenhalt motivieren lässt, ist äußerst zweifelhaft.

Der Beitrag ist in gekürzter Form am 28. Mai 2018 auf procontra-online erschienen.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-23-4